

Gemeinsame Erklärung der Bayerischen Chemieverbände und der IG BCE Bayern zur aktuellen Energiepolitik

Für den Industrie- und Innovationsstandort Bayern – für Arbeitsplätze, Wohlstand und Klimaschutz!

Die Bayerischen Chemieverbände und die Gewerkschaft IG BCE in Bayern erklären gemeinsam ihre große Sorge über die Auswirkungen der aktuellen Energiepolitik – sowohl im Bund als auch im Freistaat Bayern – auf die energieintensive chemische Industrie in Bayern.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie in Bayern mit ihren rund 400 Unternehmen beschäftigt ca. 90.000 Menschen direkt in attraktiven und zukunftsorientierten Industriearbeitsplätzen. Noch einmal doppelt so viele Arbeitsplätze hängen indirekt im Rahmen von Wertschöpfungsketten, Handwerker- und Dienstleistungen von der chemisch-pharmazeutischen Industrie ab. Im Bayerischen Chemiedreieck arbeiten allein ca. 20.000 Menschen in rund 20 Chemieunternehmen.

Nicht nur die Entwicklung des Freistaats Bayern vom Agrarstaat zum Industrieland (27 % Industrieanteil am BIP) zeigt, dass die sichere Versorgung mit Energie – insbesondere Strom – zu international wettbewerbsfähigen Preisen eine der wesentlichsten Grundlagen wirtschaftlichen Erfolgs und gesellschaftlichen Wohlstands war und ist.

Die Frage einer sicheren und vor allem bezahlbaren Stromversorgung betrifft, schon aus sozialen Gründen, ganz wesentlich auch die privaten Haushalte, auf die 25 % des deutschen Stromverbrauchs entfallen. Noch entscheidender für Wohlstand und Arbeitsplätze insgesamt ist jedoch der Anteil von 45 %, den die Industrie benötigt. Allein die rund 20 Chemieunternehmen im Bayerischen Chemiedreieck haben einen Strombedarf von ca. 5 TWh/Jahr – das entspricht fast 1 % des gesamten deutschen Stromverbrauchs, 6 % des bayerischen Stromverbrauchs und ist rund doppelt so viel, wie die privaten Haushalte der Stadt München im Jahr verbrauchen.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie liefert als „Zukunftsindustrie“ bereits jetzt die Basis für nachhaltigen Klimaschutz und die Energiewende - vom Solarstrom (Polysilizium) über Windenergie (Kunststoff-Verbundwerkstoffe) bis zur Speichertechnologie (Batterietechnologie, Power-to-X). Hinzu kommt ihr Lösungsbeitrag zu vielen anderen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft, wie z.B. Digitalisierung (Silizium), (Elektro-)Mobilität, Werkstofftechnik, Kunststoff-Leichtbau, Ernährung und Gesundheit. Dabei hat sich die chemisch-pharmazeutische Industrie seit vielen Jahren selbst zu Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz verpflichtet. Dafür stehen die Nachhaltigkeitsinitiativen „Responsible Care“ zum Schutz von Mensch und Umwelt sowie „Chemie³“ mit den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökonomie, Ökologie und Soziales.

Um dies alles leisten zu können, ist die chemisch-pharmazeutische Industrie aufgrund ihrer Produktionsprozesse in vielen Bereichen auf eine preislich wettbewerbsfähige und sichere, grundlastfähige Energieversorgung rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr unterbrechungsfrei im Millisekundenbereich angewiesen!

Mit dem Abschalten der letzten Kernkraftwerke im Jahr 2022 fehlen uns in Bayern bereits ca. 5 GW gesicherte Leistung und ca. 40 TWh (Arbeit) – das sind knapp 50 % der Maximallast in Bayern. Wer jetzt bis 2038 eine weitere Säule (Kohleverstromung) gesicherter, d.h. grundlastfähiger Stromversorgung in einem Umfang von rund 45 GW installierter Nettoleistung wegschlagen will, muss vorher eine realistische, grundlastfähige Alternative für den in der Industrie benötigten Bedarf sicherstellen. Wind- und Solarkraftwerke können keine Grundlastfähigkeit bzw. gesicherte

Leistung bieten. Speicherlösungen für Wind- und Solarstrom sind weder in der benötigten Dimension noch zu wettbewerbsfähigen Preisen rechtzeitig vorhanden, um diese Lücke zu schließen.

Was die Energieeinsparpotentiale betrifft: Die energieintensive chemische Industrie arbeitet natürlich schon aus wirtschaftlichem Interesse seit langem daran, möglichst viel Energie einzusparen. So hat sich z.B. in der Chemie im Zeitraum von 1990 bis 2017 die Produktion um 69 % erhöht, der Energieverbrauch gleichzeitig aber um 14 % reduziert. Im selben Zeitraum ist auch die Emission der Treibhausgase um 48 % gesunken! Das Einsparpotential stößt aber an physikalische Grenzen. Strom ist bei chemischen Prozessen „Rohstoff“, der sich nicht beliebig reduzieren lässt, ohne den Prozess insgesamt zu gefährden. Eine Senkung des Stromverbrauchs ist dann nur noch durch eine Reduktion der Produktion (Arbeitsplätze!) zu erreichen. Zudem wird darüber hinaus offenbar völlig außer Acht gelassen, dass die geforderte „Decarbonisierung“ (also die Nutzung von Strom statt fossiler Energieträger) und die „Digitalisierung“ der Wirtschaft sowie der Schwenk hin zur Elektromobilität die Menge des benötigten Stroms massiv erhöhen wird!

Wer in dieser Situation die dringend benötigten HGÜ-Leitungen von Nord nach Süd wieder in Frage stellt und damit nicht nur die Versorgungssicherheit noch zusätzlich gefährdet, sondern auch die Gefahr einer teureren zweiten Preiszone für Süddeutschland heraufbeschwört, handelt mehr als fahrlässig. Bereits heute kämpft die energieintensive Industrie trotz notwendiger Entlastungen mit Strompreisen, die international nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Der Ausstieg aus der grundlastfähigen Kern- und Kohleenergie wird diesen Trend noch weiter verstärken, denn ein Ersatz durch ebenfalls grundlastfähige Gaskraftwerke (die noch gebaut werden müssten!) ist wesentlich teurer.

Die Situation ist bitterernst. Die derzeitige Energiepolitik gefährdet den Industriestandort Bayern nachhaltig. Man muss von nicht weniger als einer industriellen Zeitenwende sprechen, wenn es in Bayern nicht gelingt, Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Strompreise zu gewährleisten.

Die IG BCE Bayern und die Bayerischen Chemieverbände appellieren daher eindringlich an die Bayerische Staatsregierung, die sichere Energieversorgung zu einem international wettbewerbsfähigen Preis unter 4 Cent/kWh für den Wirtschaftsstandort Bayern zur absoluten Priorität zu machen. Nur so können verlässliche Investitionsbedingungen und das nötige Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des Industrie- und Innovationsstandorts Bayern wiederhergestellt werden. Nur so können wir Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern langfristig sichern. Nur so kann die chemisch-pharmazeutische Industrie ihren Lösungsbeitrag für eine nachhaltige Wirtschaft, für Klima- und Umweltschutz mit den hohen europäischen Standards leisten und sich nicht von Wettbewerbern außerhalb Europas (China) mit deutlich schlechterer CO₂-Bilanz verdrängen lassen.

Energiepolitik für die bayerische Industrie – Basis für Wohlstand, tausende Arbeitsplätze, sozialen Frieden und nicht zuletzt nachhaltigen Klimaschutz – muss wieder zu einem strategischen Pfeiler des Freistaats Bayern werden!

München, Juli 2019

BAYERISCHE CHEMIEVERBÄNDE



Dr. Günter von Au
Vorsitzender



Walter Vogg
Hauptgeschäftsführer

IG Bergbau, Chemie, Energie
Landesbezirk Bayern



Beate Rohrig
Landesbezirksleiterin